



Damit Sie draußen wissen, was drinnen vorgeht!

Aus der Sitzung des Grazer Gemeinderates vom 25. Juni 2009

Stadt will Hummelkaserne kaufen

Wohnen auf Kasernengrund wird möglich

Der Ankauf des Geländes der ehemaligen Hummelkaserne für Zwecke des sozialen Wohnbaus ist ein großes Stück näher gerückt.

In seiner Antwort auf eine Anfrage von KPÖ-Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch gab Stadtrat Rüscher (VP) am Donnerstag bekannt, dass die Stadt Graz ihr öffentliches Interesse am Kauf dieses Areals anmelden wird. Er sagte sogar, dass dieses Gelände, das

an die Reininghaus-Gründe angrenzt, strategische Bedeutung für die Stadtentwicklung habe.

Wohnungsstadträtin Elke Kahr (KPÖ) begrüßte diese Zusage, weil es dadurch leichter möglich wird, in den kommenden Jahren in Graz die zugesagten 500 neuen Gemeindewohnungen zu errichten.

Als Kaufsumme für das Kasernengelände werden 4,7 Millionen Euro genannt. Der VP-Finanzstadtrat Rüscher konnte in seiner Anfragebeantwortung nicht zusichern, dass dieser Betrag aus dem städtischen Budget aufgebracht wird. Anscheinend ist an eine Finanzierung durch die städtische Immobiliengesellschaft GBG gedacht.

Zur Erinnerung: 5200 Grazerinnen und Grazer haben im Jahr 2006 die Petition Wohnen auf Kasernengrund unterschrieben. Eine gleich lautende Petition wurde auf Antrag der KPÖ vom Grazer Gemeinderat einstimmig beschlossen.

Elke Kahr: „Wir hoffen, dass den positiven Aussagen in der heutigen Gemeinderatssitzung konkrete Handlungen folgen werden, damit in unserer Stadt neuer Wohnraum geschaffen wird, den sich die Leute auch leisten können.“



Erfreuliche Antwort auf Anfrage von KPÖ-Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

RAT UND HILFE



Wohnungsstadträtin
Elke Kahr - KPÖ,
Tel. 0316 / 872 20 60

Volksgarten



Gemeinderat
Christian Sikora löste mit seiner

Anfrage über die Drogenproblematik im Bereich Volksgarten, Siegmundstadt, Keplerstraße eine umfassende Diskussion aus. Nach Auffassung der KPÖ sollten gezielte Schwerpunktaktionen der Polizei gegen Dealer Maßnahmen der Drogenprävention und der Betreuung Drogenabhängiger ergänzen.

Wohnen: Es geht voran

Der Gemeinderat beschloss den Ankauf von Grundstücken in Wetzelsdorf, im Ausmaß von 7.283 m². Dort werden Gemeindewohnungen errichtet. Mit dem Beschluss über den Bebauungsplan Jauerburggasse - Münzgrabenstraße können auch dort 100 Wohnungen mit Einweisungsrecht der Gemeinde geschaffen werden. Grundstücke 270 Wohnungen (von 500) sind bereits gesichert. Für die übrigen 230 Wohnungen hat es vor kurzem Gespräche mit den zuständigen Stellen gegeben.

Juni 2009 Anträge und Initiativen der der KPÖ in Stadtrat und Gemeinderat:

Reininghausgründe: Viele Fragen

Im Zusammenhang mit der Zukunft der sogenannten Reininghausgründe überschlagen sich die Ereignisse. Der Hinauswurf des bisherigen Vorstandsvorsitzenden Koppensteiner ist ein Hinweis dafür, dass die Zeit der schönen Stadtentwicklungsvisionen vorbei ist und jetzt an den Ausverkauf von Grundstücken gedacht wird.

Deshalb verlangte **KPÖ-Gemeinderat Manfred Eber** vom Bürgermeister Auskunft über folgende Fragen:

„Welche konkreten und rechtsverbindlichen Verträge zwischen der Stadt Graz und der Firma „asset one“ sind bereits unterzeichnet, welche Verträge sind noch im Entwurfsstadium?

Mit welchen Auswirkungen auf das Gesamtprojekt und auf die Stadt Graz ist aufgrund der jüngsten Entwicklungen zu rechnen?“

Am 1. Juli soll sich der zuständige Ausschuss mit diesen Fragen beschäftigen.

Im Aufsichtsrat der Immobilienfirma Asset one, die die ehema-



ligen Brauereigründe übernahm, sitzen Grazer mit bekannten Namen:

Univ.-Prof. Dr. Romuald Bertl: Steuerprofi, dessen Beratertätigkeit bei der Estag vom Rechnungshof kritisiert wurde.

Dr. Stephan Mayer-Heinisch: Unternehmer, zieht auch bei Humanic die Fäden.

Dr. Reinhard Hohenberg: Rechtsanwalt, Chef der Immobilienfirma Wegraz. Ließ 2003 das Kommodhaus abreißen.

Baulücke Lendplatz

„Haben wir bei der Baulücke Lendplatz 38 mit einer Situation zu rechnen, die Ähnlichkeiten mit der Dauerbaustelle Kommodhaus aufweist?“ Mit dieser Frage konfrontierte KPÖ-Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch den Grazer Bürgermeister Nagl.

Fabisch: „Der Lendplatz verliert Stück für Stück sein einzigartiges Flair. Gesichtlose Neubauten verdrängen architektonische Beispiele aus der Vergangenheit.

Auch das an zentraler Stelle gelegene Haus Lendplatz 38 wurde, nachdem notwendige Renovie-

rungen versäumt wurden, dem Verfall preisgegeben. Der Zustimmung zum Abriss (Altstadtschutzzone III) ging das Versprechen voraus, das schützenswerte Steinportal aus dem Jahr 1834 auch im Neubau wieder zu integrieren. Die KPÖ stimmte als einzige Fraktion dagegen.

Seit unzähligen Monaten ist nun beides verschwunden, sowohl das Haus als auch das Steinportal. Von Bauarbeiten ist nichts zu sehen.“ Nach Auffassung der KPÖ besteht die Gefahr, dass es hier eine Dauer-Baulücke geben könnte.

Rundfunkgebührenbefreiung „Ungleichheiten beseitigen“



Wer Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Pflegegeld, eine Pension oder Studienbeihilfe – also sog. „Transferleistungen“ – bezieht, kann um Befreiung von der Telefon-, Rundfunk- oder Fernsehgebühren ansuchen, sofern das Haushaltseinkommen nicht mehr als 12 % über dem Ausgleichszulagen-Richtsatz liegt.

Wer aber trotz Erwerbsarbeit

über ein gleich niedriges Einkommen verfügt, hat auf die Gebührenbefreiung keinen Anspruch.

Das ist ungerecht. Auf Initiative von Gemeinderätin Taberhofer forderte der Gemeinderat den Bund auf, diese Ungerechtigkeit abzuschaffen. Taberhofer: „Es ist dringend notwendig, sodass künftig generell alle Menschen, die unter die definierten Einkommensgrenzen fallen, Anspruch auf Rundfunk- und Fernmeldegebührenbefreiung haben, auch wenn sie geringfügig beschäftigt sind.“

Schuldnerberatung: Wartezeiten verkürzen!

Mehr Landesgeld für die Schuldnerberatung forderte Gemeinderätin Mag.^a Ulrike Taberhofer in einem Dringlichkeitsantrag. Grund für die Initiative: Trotz geringfügiger Anhebung der Mittel gibt es

Wartezeiten bis zu 6 Monaten. In der Krise wird sich dieses Problem aber noch verschärfen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Volksgarten: Skating pool unter Wasser

Großer Beliebtheit bei den Skate-Sport-Begeisterten erfreut sich der Skating-Pool im Grazer Volksgarten. Leider steht die Anlage jedoch immer wieder unter Wasser, und zwar nicht nur bei starken Regenfällen, sondern auch

noch Wochen danach. Offenbar ist das bestehende System zur Bewältigung der anfallenden Wassermengen unzureichend. Gemeinderätin Gertrude Schloffer forderte eine Verbesserung des Regenwasser-Ableitsystems.

Maßnahmen für Carnerischule

Die dringende Einrichtung einer 30er Zone sowie die Errichtung einer Druckknopfampel in der Theodor Körner Strasse / Haltestelle

Carnerigasse forderte Gemeinderat Christian Sikora. Bei der Carnerischule kommt es immer wieder zu gefährlichen Situationen.

Euratom

Bereits 70 österreichische Gemeinden haben sich für den Austritt Österreichs aus dem Euratom-Vertrag ausgesprochen. In Graz lehnten ÖVP, SPÖ und Grüne einen KPÖ-Dringlichkeitsantrag für den Austritt aber ab.

Gemeinderat Fabisch: „Der EU-

RATOM-Vertrag bewirkt, dass jährlich 40 Mio. aus Österreich in die Atomenergie fließen. Das europäische Parlament hat nach wie vor keine Mitentscheidungsmöglichkeit bei der Finanzierung von Atomkraftwerken durch die EURATOM-Milliardenkredite. Deshalb gibt es die Bewegung für den Austritt aus Euratom.

Ich verstehe nicht, warum die Grazer Grünen hier keine klare Stellungnahme abgeben konnten. Noch im EU-Wahlkampf haben sie Nein zu Euratom gesagt.“



Alle Anträge und Initiativen der KPÖ im Grazer Gemeinderat finden Sie auch unter: www.kpoe-graz.at

